

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr viertelj. M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hiesu Bestellgeld 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßtern,
Enzklösterle etc.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Barmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 40.

Samstag, den 17. Februar

1906.

Rundschau.

Die Steuerhüffelerei unserer Reichstagsabgeordneten entwickelt sich immer unheimlicher. Die „Germania“ behauptet, daß seitens der Kommission ein Mehrbedarf an neuen Steuern in Höhe von 200 Millionen Mark anerkannt worden sei, daß aber die bisher in der Kommission angenommenen Verbrauchs- und Verkehrssteuern zusammen nur einen Mehrertrag von 100 Millionen ergeben. Es bleibe also noch ein Fehlbetrag von 100 Millionen Mark zu decken. Dieser könne allerdings durch die Erbschaftsteuer aus der Welt geschafft werden, wenn deren Ertrag nicht nur im vollen Umfange dem Reiche verbleibe (die Regierungsvorlage will bekanntlich ein Drittel den Bundesstaaten reserviert wissen), sondern wenn auch die Besteuerung der Ehegatten und Deszendenten eingeführt werde. Nun erhebe sich aber namentlich in der ländlichen Bevölkerung ein immer stärkerer Widerpruch gegen die Erbschaftsteuer und namentlich gegen ihre Ausdehnung. Es sei daher aus der Mitte der Steuerkommission bereits eine Menge von weiteren Steuervorschlägen gemacht worden, denen das Zentrumblatt freundlich gegenübersteht, da sie entweder als Zugabe Steuern leicht zu tragen sind oder auch wirtschaftlichen Nebenwuch befolgen, oder so beschaffen sind, daß sie die Leistungsfähigen in annehmbarer Weise zu den Lasten des Reiches etwas mehr heranziehen. Die Zahl dieser Steuervorschläge muß schon ein Duzend überschreiten, denn die „Germania“ erwähnt von ihnen „nur“ acht und bemerkt, daß außerdem noch eine ganze Reihe von andern Steuern in Vorschlag gebracht sei, welche ausführbar sind und welche sich mit der Parole „Schutz der Schwachen“ vereinbaren lassen“. Die von der „Germania“ erwähnten Projekte sind folgende:

die Wehrsteuer, Ertrag geschätzt auf	30 000 000 Mk.
die Anstaltspostartensteuer, Ertrag geschätzt auf	10 000 000 „
die Steuer auf Lantien der Aufsichtsräte Ertrag geschätzt auf	6 000 000 „
der Ausfuhrzoll auf Kali und Lumpen, Ertrag geschätzt auf	14 000 000 „
die Jagdpatronensteuer, Ertrag geschätzt auf	3 000 000 „
die Erhöhung der Schaumweinsteuer, Ertrag geschätzt auf	4 000 000 „
die Berechtigung des Aktienkapitals auf sog. unausgefertigte Aktien, Ertrag geschätzt auf	5 000 000 „
die Reform der Maischbottichsteuer, Ertrag geschätzt auf	10 000 000 „
zusammen: 82 000 000 „	

Diese schöne Liste ist die Folge davon, daß man die

nun einmal notwendigen Steuern nicht da sucht, wo sie zu suchen sind, bei den direkten Reichsteuern. Wie die Germania ganz richtig annimmt, würde der Ausbau der Erbschaftsteuer allein genügen, um das ganze Defizit zu decken.

Der Antrag Beder bezüglich der Automobilsteuern, den die Steuerkommission des Reichstags angenommen hat, bestimmt folgendes: Die Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge zur Personenbeförderung auf öffentlichen Wegen und Plätzen kosten: 1) für Krafttrader 10 Mark (wie in der Regierungsvorlage), 2) für Kraftwagen a. mit Motoren von nicht mehr als 6 Pferdekraft 25 Mark (Vorlage: mit 1 oder 2 Sitzplätzen 100 Mark), b. mit Motoren über 6 bis unter 10 Pferdekraft 50 Mark (Vorlage: mit mehr als 2 Sitzplätzen 150 Mark), c. mit Motoren über 10 bis unter 20 Pferdekraft 100 Mark, d. mit Motoren über 20 bis unter 30 Pferdekraft 150 Mark als Grundbetrag. Außerdem kommt hinzu zu 2 (Kraftwagen): von jeder Pferdekraft oder einem Teil derselben für a. 2 Mark, b. 3 Mark, c. 5 Mark, d. 10 Mark (Vorlage bestimmt für Käder und Wagen unter 4 Pferdekraften 2 Mark, im übrigen 5 Mark).

Der Kaiser über die Automobilsteuer.

Der Kaiser soll sich, nach der Allg. Sportzeitung, über die Automobilsteuer dahin geäußert haben, auch er habe die Empfindung, daß die Steuer in der von der Reichstagskommission beschlossenen Form kaum durchführbar sein werde, denn die Automobilindustrie würde dadurch einen schweren Schaden erleiden. Seiner Ansicht nach wäre eine einmalige Besteuerung am gerechtesten, die der Fabrikant zu tragen hätte.

Französische Hezereien. Die durch nichts gerechtfertigten Angriffe chauvinistischer Heißsporne werden jetzt auch auf das finanzielle Gebiet ausgedehnt. Aus Paris meldet das Berl. Tagebl.: „Das Echo de Paris druckt an der Spitze der ersten Seite die Aufschrift eines anonymen Finanzmannes ab, der ungeachtet der Haltung der deutschen Regierung die französischen Banketten auffordert, keinerlei Gelder mehr in Deutschland zu plazieren, allen deutschen Häusern und Gesellschaften die Kredite zu kündigen und alles französische Geld aus Deutschland zurückzuziehen.“ — Der Vorschlag ist ja nicht ernst zu nehmen, es ist aber schlimm genug, daß ihn ein französisches Blatt abdruckt und zwar ohne ein Wort der Erwiderung.

Chamberlain und Balfour einig.

Bekanntlich bestehen zwischen den Führern der englischen Unionisten,

der jetzigen Opposition, weitgehende Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Zollfrage, die sogar zu einer Spaltung der ohnehin desorganisierten Partei zu führen drohten. Der Riz ist nun noch einmal notdürftig überleitet worden. Der Expremierminister Balfour hat an Chamberlain ein Schreiben gerichtet, in dem er sich dahin ausspricht, die aufbauende Tätigkeit der Unionisten müsse in erster Linie der Fiskalreform gewidmet sein. Gegen die Einführung eines möglichen Zolles auf ausländische Fabrikate, sowie gegen einen niedrigen Zoll auf ausländisches Getreide sei nichts einzuwenden. In seinem Antwortschreiben sagt Chamberlain: „Ich stimme Ihnen freudig zu, nehme die von Ihnen ausgegebene Politik an und meine Dienste sollen gänzlich zu Ihrer Verfügung stehen.“

In einer am 15. in London abgehaltenen Versammlung der unionistischen Partei erklärte Chamberlain, daß zwischen ihm und Balfour eine vollständige Einigung erzielt sei. Wie es heißt, ist das Ergebnis der Versammlung, daß ein beratender Ausschuß gebildet wurde, der aus Chamberlain, Balfour u. a. besteht und über die Reorganisation der Partei beraten soll.

Aus Marokko.

Boher der marokkanische Präsident Bu Hamara, der dem Sultan das Leben so schwer macht, Geld und Waffen empfängt, erfährt man jetzt auf eigentümliche Weise. Die „Times“ meldet nämlich aus Tanger: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben Monsieur Say, Gründer und Besitzer von „Port Say“ in Algerien, und mehrere andere Franzosen im Anfang des Monats Januar eine Unterredung mit dem Präsidenten gehabt und ihm angeboten, ihm eine Anleihe von 1 Mill. Frs. zu besorgen und 70 000 Gewehre mit Munition zu liefern. Als Gegenleistung beanspruchen sie eine Konzession für die ganze Küste zwischen Melilla und der algerischen Küste und dem zugehörigen Hinterland. Die französische Gesellschaft dringt in den Präsidenten, gegen Fez zu marschieren, sobald er Geld und Waffen erhalten hat. Wenn dieses Unternehmen glückt, wird die französische Gesellschaft von dem oben erwähnten Gebiet Besitz ergreifen. Die Lage des Präsidenten ist zweifellos eine sehr günstige. Der Sultan von Marokko weiß also jetzt, vorausgesetzt, daß die Meldung richtig ist, wer seine guten Freunde sind.

Tages-Chronik.

Berlin, 15. Febr. Der Sof. Anz. schreibt: Wie man in sonst gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen wissen

Aus Liebe zur Kunst.

Roman von Viktor Rheinberg. 35

Da mußte Melanie ihre Träume abschütteln und mit einem fremdlichen Pachelin auf den Typen hinarbeiten. Die Generalin war entzückt, endlich die liebenswürdige Frau von Heinersdorf kennen zu lernen, die man neulich so schmerzlich vernichtet habe, sie konnte nicht Worte genug finden, den herrlichen Landsitz zu bewundern, der gewiß seines Gleichen in der Umgegend suche.

Frau v. Berka war auffallend zärtlich und freundlich gegen Melanie, nannte sie: „Ihr weißes Mädchen“ und machte ihr liebevolle Vorwürfe darüber, daß sie nicht oft genug nach der Villa Carlotta käme, wo, wie sie wohl wisse, man sie oft mit Sehnsucht erwarte.

Herr Egon lieferte das Mienenspiel zu Sidonies Betenungen, während er sich sehr zerkümmert mit Alice unterhielt. Der armen Melanie wurde immer bellomener zu Mute, sie atmete auf, als man endlich, nachdem der Kaffee eingenommen war, sich anhielt, in den Wald zu reiten.

Ihr „Darling“ und die übrigen Pferde waren vorgeführt. Natürlich wählte es der junge Ambergler so einzurichten, daß er im entscheidenden Moment zur Hand war, um Melanie in den Sattel zu helfen, worauf er sich schnell auf seinen Brauen schwang und an ihrer Seite dahinreiten zu wollen schien.

Oben so schnell und geschickt schwenkte aber Alice ihre Fuchshute an Melanies andere Seite, sie hatte nicht Lust gehabt, mit Frau von Berka und dem alten Heinersdorf ins Hintertreffen zu kommen. Wäre Hans hier gewesen, so würde sie sich nicht in Herrn Egons Nähe gedrängt haben.

Mit einem sehr freundlichen Blick wurde sie jetzt von Melanie begrüßt, welche ihr rief: „Das ist recht, Fräulein Alice, daß Sie sich zu uns gesellen. Es macht mir Freude, die Schönheit unseres Waldes und unserer Gegend denen zu zeigen, die fremd hier sind, Herr Ambergler kennt sie sehr genau.“

„Das soll doch nicht etwa heißen, mein gnädiges Fräulein, daß meine Begleitung Ihnen lästig ist?“ fragte er etwas empfindlich.

„Wie können Sie sich die Worte so auslegen, Herr von Ambergler.“ sagte an Stelle Melanies Alice, „wir Damen füh-

len uns ja erst sicher zu Pferde, wenn ein Skavolier an unserer Seite reitet.“

„Aber ich habe oft das Unglück, mit Fräulein von Heinersdorfs Mißfallen zuzuziehen.“ seufzte Egon, „wäste ich nur, wie ich das vermeiden und die Wünsche des gnädigen Fräuleins maaßgepörrchen ertönen könnte?“

„Machen Sie sich darüber keine Gedanken, Herr von Ambergler, lassen Sie uns lieber ungetrüb und in vollen Zügen die Schönheit dieses Sommerlages genießen!“ sagte Melanie. Und in der Tat war es ein köstlicher Ritt, den sie machten, wohl angetan, Leid und Seele zu erfrischen.

Auf gut geebneten, weichen Waldwegen vernahm man kaum den Fußschlag der Pferde, ein grünes Laubdach wölbte sich über den Hauptern der jugendlichen Gestalten, welche anmutig und leicht im Sattel saßen. Durch die Krone der hohen Buchen und Eichen rauschte es leise und tausend Vogelstimmen zwitscherten Nah und Fern.

Jetzt klopfte Melanie den schlanken Hals ihres „Darling“, sprach, sich niederbeugend, mit dem edlen Tiere und dahin ging es in schnellerem Tempo eine kleine Anhöhe hinan.

Sie war die erste oben, Alice und Egon folgten ihr. „Nicht wahr, meine Herrschaften, hier ist es schön!“ rief sie ihnen zu, auf die von der Sonne hellbeschiene Landschaft deutend, die sich vor ihnen ausbreitete.

„Herzlich!“ stimmten beide ein, und Alice sagte hinzu: „Da liegt Langenau, ich glaube, ich kann sogar die Villa Carlotta mit ihrer kleinen, blauweißen Flagge untercheiden. Und dort, ganz unten am Horizont, wo sich die Bergkette erhebt, muß Schloß Uhlstein liegen!“

„Fräulein Martha wird wohl jetzt schon dort angelangt sein,“ meinte Egon.

„Und wir wollen auch in nächster Woche hinreisen, um dort einige Zeit zuzubringen,“ fügte Alice hinzu.

„Wenn es Ihnen nur gefallen wird, mein gnädiges Fräulein! Es soll doch endlich einsam sein in dem alten, verzauberten Bergschloß.“

„O, ich tröste mich damit, daß mein Vetter Hans versprochen hat, oft hinzukommen, da wollen wir die Langeweile schon vertreiben.“

„Ja freilich!“ sagte Egon mit einem etwas spöttischen Zug

um den Mund und einem Seitenblick auf Melanie, „der junge Ottersbach ist genial und interessant und besitzt namentlich das Talent, sich bei allen Damen beliebt zu machen!“

Melanie erwiderte nichts, ihr Auge und ihre Gedanken schweiften weit hinaus in die Ferne.

Jetzt hatte sich auch der übrige Teil der Gesellschaft eingefunden. Der Kommerzienrat nebst Gattin, sowie Frau von Heinersdorf und die Gräzelenz sahen im offenen Landauer, Herr von Heinersdorf und Frau von Berka zu Pferde langten zuletzt an. Die schöne Sidonie hatte die Zeit, während sie mit dem Baron allein war, nicht unbenutzt vorüber gehen lassen; lag ihr doch alles daran, Melanie als Nebenbuhlerin aus dem Wege zu räumen.

Geheimlich lenkte sie das Gespräch auf den Bruder, schübelte seine Liebe und sein unbegrenztes Vertrauen zu ihr, ließ dann einfließen, wie sie auch jetzt manchen Blick in sein Herz habe tun dürfen und daher wisse, welche Wünsche und Hoffnungen er in Bezug auf Fräulein Melanie hege.

„Ich glaube,“ fügte sie hinzu, „er kam heute mit der Absicht hierher, sich anzusprechen, und wenn ich ihm nur ein klein wenig Mut machen dürfte...“

„Wie meine Tochter denkt und fühlt, weiß ich freilich nicht, gnädigste Frau,“ unterbrach sie Herr von Heinersdorf, „was dagegen meine Frau und mich betrifft, so würden wir einem etwaigen Antrage Ihres Herrn Bruders nicht abgeneigt sein.“

Er hatte steif und förmlich ohne alle Wärme geantwortet, dennoch hoffte Sidonie, daß er seinen Einfluß auf Melanie werde geltend machen. Der Reichtum der Ambergers war kein Geheimnis, und ob auch Herr von Heinersdorf in dem Hause stand, ein ganz wohlhabender Mann zu sein, so tauchten doch hin und her Gerüchte auf, die dies bestritten wollten, jedenfalls würde er nicht abgeneigt sein, seine Tochter gut zu verheiraten.

Nachdem man sich eine Weile an der schönen Aussicht erfreut, ging es wieder in den Wald hinein und einer Lichtung zu, wo man Halt machen, sich auf grünem Rasen lagern und ein „einfaches Mahl“ einnehmen wollte.

Bläids und Decken wurden auf moosigem Grunde ausgebreitet und Jung und Alt lagerte sich im Schatten der rauschenden Buchen.



wird, wird dem Reichstag in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf zugehen, der den Vereinigten Staaten den neuen deutschen Vertragstaxi ohne Zugeständnisse von Seiten Amerikas auf eine begrenzte Dauer einräumen soll. Auch der letzte Kronrat soll sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben.

Berlin, 15. Febr. Die Steuerkommission des Reichstags hat heute die Quittungssteuer der Regierung und ebenso den Antrag des Zentrums auf Besteuerung der Zantlöhnen abgelehnt. Dagegen soll demnächst eine Novelle zum Reichsstempelgesetz eingebracht werden, welche die Kommissionsbeschlüsse zu der Regierungsvorlage vom Jahre 1904 berücksichtigt.

Berlin, 15. Febr. Ein Gesetz betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Bedürfnisse der Diözesen und der katholischen Kirche in Preußen ist dem Landtage zugegangen.

Berlin, 15. Febr. Die Grenzämter wurden sowohl von der Bahn- als von Zollbehörde angewiesen, für die nächsten Wochen alle Maßnahmen zu treffen, die die Möglichkeit einer raschen Zollabfertigung sicherstellen und Güterstaunungen an der Grenze verhindern. Auch in den Binnenstationen, an deren Sitz sich Zollämter befinden, soll dies geschehen, da voraussichtlich auch ihnen größere Mengen zollpflichtiger Güter zuströmen, die noch der Zollabfertigung bedürfen.

Berlin, 15. Febr. Aus Hamburg meldet die Tägliche Rundschau: Eine Versammlung der Hamburger Lehrerschaft beschloß, nach dem Vorgang der Bremer Lehrerschaft, auf die Ausschaltung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan hinzuwirken.

Cottbus, 15. Febr. Der Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie ließ heute in den zum Verband gehörigen Betrieben eine Bekanntmachung anschlagen, wonach vom 1. Juli d. J. ab die Arbeitszeit im Sommer von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends, im Winter von 6 1/2 Uhr früh bis 6 1/2 Uhr abends, mit 1 1/2 stündiger Mittagspause, dauere. In den einzelnen Abteilungen finden für Stundenarbeiter vor- und nachmittägliche 1/4 stündige Pausen statt. Der Lohn der Stundenarbeiter wird entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit erhöht.

Essen a. d. Ruhr, 14. Febr. Der vom Amte suspendierte Bergmeister Engel verklagte der hiesigen Volkszeitung zufolge den Bergbauverein auf Zahlung seines Gehaltes für fünfzehn Jahre. Es handelt sich um ein Objekt von ca. 500 000 Mark.

Karlsruhe, 15. Febr. Bei Beratung des Justizetats erklärte Minister von Dusch, es sei alle Aussicht vorhanden, daß die Schwurgerichte erhalten und die Berufung gegen die Strafkammerurteile eingeführt werde. In Sachen der Diätenfrage für Schöffen und Geschworene nehme die Regierung eine befürwortende Haltung ein, doch könne die Angelegenheit nur vom Reich aus geregelt werden. Die Sozialdemokraten brachten eine Interpellation ein, welche Gründe für die Regierung maßgebend waren, die Denkschriften über die Fleischnot und die Perlenantarktform dem Landtag nicht zugehen zu lassen.

Karlsruhe, 15. Febr. Bei der heutigen Landtagswahl im 39. badischen Wahlkreis Karlsruhe-Etlingen-Kastatt erhielt Belzer (Ztr.) 2812, Lutz (Soz.) 2180 Stimmen. Belzer ist somit mit einer Mehrheit von ca. 600 Stimmen gewählt.

Wien, 15. Febr. Die Jungtschechen haben heute im Abgeordnetenhaus eine Interpellation eingebracht, in der eine authentische Interpretation des Artikels 2 des Bundesvertrags zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit Bezug auf die eventuell in der Marokkofrage sich ergebenden Komplikationen verlangt und gefragt wird, welche Instruktionen die Delegierten für die Konferenz in Algier erhalten haben. Schließlich wird die Regierung ersucht, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit der Zollkonflikt mit Serbien baldigst beigelegt werde.

Wien, 15. Febr. In Wilsen sind 4000 Arbeiter der Skodawerke ausgesperrt. Die Verwaltung der Werke beharrt auf der Aussperrung und wies die Vermittlungsvorschläge zurück, weil schon die den streikenden Modellschleppern angebotenen Zugeständnisse jährlich 21 500 Kr. erforderten. Inzwischen haben auch drei private Ringoffenzüge in Wilsen ihre Arbeiter ausgesperrt.

Rom, 18. Febr. Der bayerische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Febr. v. Cetto, ist heute abend gestorben.

London, 14. Febr. Premierminister Campbell-Bannerman hielt heute Abend im National Liberal Club eine Rede, in der er seine Hörer versicherte, die Thronrede werde nichts für sie Ueberraschendes bringen. Der Minister fuhr dann fort: Chamberlain habe auf ein Uebel hingewiesen, sein Heilmittel sei aber schlimmer als das Uebel selbst. Die Liberalen hätten andere Heilmittel. Schließlich bemerkte Keener, es sei möglich, daß sich Schwierigkeiten infolge von Mißverständnissen mit den Arbeiterparteiern ergeben. Doch glaube er, daß das Parlament durch ihren Eintritt gewinnen werde.

New-York, 15. Febr. Die chinesische, zum Studium der westlichen Zivilisation entsandte Kommission ist heute nach Hamburg abgereist.

Die Sussel'sche Holzstofffabrik in der Nähe des Bahnhofs in Triberg ist Donnerstag Vormittag vollständig niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf 50 000 Mark. Der Brand entstand durch Selbstentzündung von Pappwolle.

Zwischen Buchloß und Kaufering brach im Schlafwagen des Nachschneelzugs München-Vindau-Benz durch Selbstentzündung von Holzwolle und Pappwoll-Abfällen Feuer aus. Der Schlafwagenwärter zog die Notbremse, worauf das Feuer gelöscht wurde. Der Zug erlitt 50 Minuten Verspätung.

In Berlin fand man den Klempner Henning und seine Ehefrau anscheinend vergiftet auf. Wegen der Ähnlichkeit des Namens mit dem Raubmörder Henning liefen die abenteuerlichsten Gerüchte um und vor dem Haus entstand ein großer Menschenauflauf.

Nach einer Meldung des „Herold“ aus Guayaquil sind alle kolumbianischen Küstenstädte zwischen Tu-

maco und Buenaventura durch eine Flutwelle zerstört worden. Bis jetzt sind 70 Leichen gefunden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Febr. Der Reichstag nahm am Donnerstag den Gesetzentwurf betreffend die Ausgabe von Banknoten zu 50 und 20 Mark in 2. Lesung an. Es folgt die Weiterberatung des Etats des Reichsamts des Innern. Verschiedene Titel werden ohne Erörterung angenommen. Beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ liegt eine Resolution Baumann und Gen. vor betr. eine Revision des Weingesetzes. Eine Resolution Stauffer und Gen. fordert einheitliche Weinkontrolle.

Baumann führt aus, was seine Partei verlange, sei der Schutz des Erwerbszweiges gegen Betrug. Die eingeführte Kontrolle reiche nicht aus, es müsse eine Zwangskontrolle sein, die schon vom Weinberge anfangen müsse. Gezuckerter Wein müsse auch diese Bezeichnung tragen.

Ehrhart (Soz.) meint, hier handle es sich um ein Lebens- und Genussmittel. Da seine Partei gegen jede Fälschung von Lebens- und Genussmitteln eintrete, wünsche sie auch absolute Reinhaltung des Weines. Der jetzige Zustand begünstige lediglich das Großkapital. Die Strafen für die Weinfälschung müßten verschärft werden. Seine Partei werde für die vorgeschlagenen Resolutionen stimmen.

Echellhorn (natl.) befürwortet die Resolutionen im Interesse des soliden Weinbaues.

Graf Kanitz (Konj.) sagt, nach der Statistik entfalle auf 2 Weinbauer ein Weinhändler. Ohne Weinsteuereine wirksame Kontrolle nicht möglich sein. Er bedauere, den Resolutionen nicht zustimmen zu können.

Stauffer (wirtsch. Vgg.): Die Verdienste der Chemie um die Landwirtschaft verwanfeln sich im Keller zum Schaden. Der Pfälzer Weinbau hat schwer unter der Konkurrenz zu leiden; dagegen muß die Regierung eingreifen. Die Weinsteuereine müsse er glatt ablehnen.

Graf Posadowsky glaubt, gerade darin, daß das bestehende Weingesetz die Handhabe bietet, Fälscher zu verfolgen, liege der Beweis, daß das Gesetz doch nicht so unbrauchbar sei. Die Vorschriften des Weingesetzes schloßen ja zudem die Vorschriften des Strafgesetzbuches nicht aus. Besser als eine Aenderung des Weingesetzes würde eine Verschärfung des Nahrungsmittelgesetzes sein. Empfehlenswert sei auch eine Kontrolle durch Berufsaufsichtsbeamte wie in Bayern. Bestimmungen über die Größe des Zunderzuges zu treffen, sei überaus bedenklich. So schlimm sei es mit unseren Weinen doch nicht! (Zustimmung). Die edlen deutschen Weine seien durchaus Naturprodukte. Die Regierung werde ernstlich erwägen, ob nicht eine verschärfte Kontrolle im Wege der Gesetzgebung oder durch Verordnung im Verwaltungswege notwendig sei, vor allem im Interesse des realen Weinbaues. Freitag Fortsetzung.

Die Marokko-Konferenz.

Berlin, 15. Febr. Aus Rom wird der Boss. Ztg. gemeldet: Der „Popolo Romano“ erkennt die Berechtigung des Standpunkts Deutschlands an, daß an den Grundlagen seines Konferenzvorschlages festhält, und erachtet die Auslassungen der französischen Blätter lediglich als gereizt, die klare Sachlage zu trüben.

Berlin, 16. Febr. Dem Berl. Tagebl. wird aus Paris telegraphiert, Deutschland werde Frankreich und Spanien die Polizeiorganisation überlassen, falls ihm die Polizei im Hafen von Mogador zugestanden würde. Am Quai d'Orsay bezeichnet man diese Meldung als sehr unwahrscheinlich und bekanntlich hat das Auswärtige Amt in Berlin anhaltend alle Nachrichten, die von Absichten Deutschlands auf Marokko sprechen, dementiert.

Der Ausstand in den Kolonien.

Berlin, 15. Febr. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 7. Februar im Patrouillengeficht bei Gendoon gefallen: Leutnant Erich Bänder, früher Füllverteiler, Nr. 39, Gefreiter Walter v. Santen, Retter Alois Feldmeier, früher im bayrischen 3. Chev.-Regt., verwundet Retter Karl Gerold, geb. 1. Juli 1882 in Gienzen a. d. Br., früher 2. württ. Inf.-Regt. Nr. 120, Gefreiter Andreas Pfeiffer, früher im 13. bayr. Inf.-Regt., am 12. Februar in Orsufondo an Typhus und Ruhr gestorben.

Die Mordverbrechen in Rußland.

Mordversuch und Bombenfund. Aus Riga wird gemeldet: Ein Schüler des Alexander-Gymnasiums versuchte den Direktor mit einem Dolch zu ermorden. Der Anschlag mißlang, der Täter wurde verhaftet. — Im Keller eines hiesigen Hauses wurden 14 mit Sprengstoffen gefüllte Bomben gefunden.

Eine Musterpolizei.

Der Senator Kurzminski, der infolge der Regeleien in Baku mit der Revision des betreffenden Gouvernements betraut worden ist, hat seine Beobachtungen in einer ausführlichen Denkschrift niedergelegt. Bemerkenswert ist, was er über die dortige Polizei mitteilt. Er schreibt:

In einer der geheimen Typographien des Bakuschen Revolutionskomitees arbeitete die ganze Zeit ein Agent der Gendarmerieverwaltung. Diese Typographie, deren Lokal vom Agenten gemietet worden war und die er offenbar selber organisiert hatte, hat im Laufe mehrerer Monate unter der Aufsicht und mit Wissen der Gendarmerieverwaltung gearbeitet. In dieser Zeit hat die Typographie, welche im Herbst des Jahres 1906 sequenziert wurde, vierzigtausend Stück verschiedener revolutionärer Publikationen gedruckt und verbreitet. Dafür hatte man das Vergnügen, bei der Sequenzierung einige Sozialdemokraten zweiten Ranges zu ergreifen! Ein derartiges Faktum steht im voll-

kommenen Widerspruch mit den Aufgaben des Gendarmeriekorps, welches dazu berufen ist, die revolutionäre Tätigkeit zu unterdrücken, aber nicht zu fördern. Bemerkenswert ist auch, daß der Gendarmerieagent, welcher in der Typographie mit dem übrigen Personal ergriffen wurde, während der ganzen Zeit seiner Haft das ihm zukommende Gehalt von 100 Rubel monatlich erhielt. Es ist schwer, sich ein niedrigeres Niveau vorzustellen, als jenes, auf welchem sich die Polizeichargen der Stadt Baku und ihrer Delfelder befinden. In diesem zerfetzten Ritzien haben Bestechung und Brandschätzung großartige Dimensionen erreicht. Die Polizei von Baku enthält kaum ein einziges Mitglied, welches frei von Schuld ist. Der ganze Unterschied zwischen den einzelnen Beamten besteht nur in der mehr oder weniger größeren Geschicklichkeit und Züchtigkeit beim Auffuchen der Wege und Mittel zur verbrecherischen Bereicherung. Die Schamlosigkeit ist so weit gegangen, daß unter den Polizeikentnants der regste Wetteifer herrscht, um ein „vorteilhaftes“ Revier zu erhalten. Bemessen wird der Vorteil nach der Anzahl der industriellen Unternehmungen oder nach der Anzahl der Morde, Raubfälle und Plünderungen, die in demselben begangen werden. Tatsächlich gibt es keinen einzigen Gegenstand, aus dem nicht die Polizei, wenn sie mit ihm in Berührung kommt, einen Vorteil zieht.

Dieses offene Bekenntnis eines russischen Staatsbeamten zeigt, daß die Korruption bei unseren östlichen Nachbarn so tief eingewurzelt ist, daß sie beinahe als unheilbar bezeichnet werden muß.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 15. Febr. Die Kammer der Abgeordneten hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Beratung von Eingaben um Erbauung neuer Eisenbahnlinien beschäftigt und zwar zunächst mit einer Bitte der Gemeinden Ostmetzingen und Laßlingen O. A. Balingen um Gewährung eines Staatsbeitrags in Höhe von 100 000 Mark zu den Kosten des Bahnbaus Ebingen-Ostmetzingen. Diese Bahn sollte seiner Zeit vom Staat auf Grund eines Vertrags mit diesen Gemeinden gebaut werden. Die Gemeinden waren zu den Grunderwerbungen verpflichtet worden und der Voranschlag hierfür betrug 143 000 Mark. Um aber eine raschere Ausführung der Bahn zu ermöglichen, wurde mit dem Bau der Bahn eine Privatgesellschaft beauftragt, womit eine Aenderung des ursprünglichen Bauplans verknüpft war. Diese Aenderung sah eine Verlängerung der Strecke vor und machte für die Grunderwerbungskosten einen Mehraufwand von 48 101 M. notwendig, während die Gesamtsumme der Grunderwerbungskosten auf 281 952 Mark, also um 138 952 Mark höher zu stehen kam, als ursprünglich vorgesehen war. Infolgedessen petitionierten die Gemeinden, die eine Schuld an der ganz enormen Ueberschreitung des Voranschlags nicht haben, um Bewilligung eines Staatsbeitrags von 100 000 Mark. Die Regierung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß sie keinerlei Verpflichtung zu einer Entschädigung habe und mit Rücksicht darauf, daß von anderer Seite ähnliche Ersuche an sie gestellt werden würden, eine solche auch nicht gewähren könne. Diesem Standpunkt schloß sich die Kommission an und beantragte deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

In der Debatte trat der Abg. Kaufmann-Balingen sehr energisch für die petitionierenden Gemeinden ein, indem er deren finanzielle Bedrängnis darlegte und außerdem betonte, daß die Uebertragung des Baues an eine Privatgesellschaft hinter dem Rücken der Gemeinden beschloßen worden sei. Er stellte den Hauptantrag, die Bitte um eine Beihilfe zu den für den Bahnbau notwendig gewordenen Grunderwerbungskosten, soweit sie von den Gemeinden nicht vorhergesehen werden konnten und durch sie nicht verschuldet sind, unter der Voraussetzung, daß auch die Amtskörperschaft einen weiteren Beitrag leistet, der K. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, sowie den Eventualantrag, das Gesetz, soweit es eine Jubiläumsgeld von 48 101 M. aus Staatsmitteln erbittet, zur Berücksichtigung zu übergeben, soweit es einen diese Summe übersteigenden Betrag erbittet, zur Tagesordnung überzugehen.

Minister Febr. v. Soden legte nochmals den bereits skizzierten Standpunkt der Regierung dar. Im weiteren Verlauf der sehr ausgedehnten Debatte handelte es sich namentlich noch um die Frage, ob tatsächlich den Gemeinden erklärt worden ist, daß durch die Uebertragung des Bahnbaues an eine Privatgesellschaft ihnen keine weiteren Lasten entstehen würden. Minister v. Soden bestritt, daß in seinen Akten hierüber etwas enthalten sei, während Febr. v. Wächter aus dieser angeblich von dem Vorsitzenden der Amtskorporation gemachten Äußerung die Notwendigkeit ableitete, die Sache nochmals an die Kommission zurückzuverweisen, um die durch veränderte Rechtslage näher zu prüfen. Auch der Minister gab zu, daß im Fall eines solchen Verpfandes die Gewährung einer Entschädigungspflicht des Staates sein würde, ohne daß daraus irgendwelche Konsequenzen erwachsen würden, auf die für einige demnächst zur Beratung stehende andere Petitionen mehrmals hingewiesen wurde. Schließlich einigte man sich dahin, die Beratung auszusetzen bis zu einer diesbezüglichen Erklärung des Ministers des Innern, der im übrigen in der Kommission die Unmöglichkeit eines Staatsbeitrags vertreten hatte, da die beiden Gemeinden weder verwahrloßt seien noch am Rande des wirtschaftlichen Verfalls stehen. Diese Erklärung wird morgen erfolgen und sodann auch ein Beschluß gefaßt werden. An der Debatte über diesen Punkt nahmen als Berichterstatter der Abg. Hennig, ferner seitens der Regierung noch Präsident v. Fuchs, sowie die Abg. Vizepräsident v. Kiene, Rembold-Kalen, Dr. Hieber und Hilgenbrand teil.

Es folgt: Bitte der bürgerlichen Kollegien von Nürtingen, Redarhausen, Redartausingen, Redartausingen, Altenriet, Mittelstadt, Dörnach, Pflieghausen, Oerdingen, Altenburg, Rübgarten und Gniebel um Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn auf dem linken



Redaktion zwischen Nürtingen und Kirchzellinsfu rt.

Berichterstatter Göth (D. P.): Die Baukosten sind in der Eingabe inklusive Grunderwerbungslosten auf 2650 000 Mark veranschlagt. Vor Aufstellung eines Projekts sind eine Reihe von Fragen zu lösen: 1) Ausmündung in Nürtingen ev. mit Berücksichtigung eines etwaigen Anschlusses von den Silberher, 2) Anschluß ev. in Redartailingen, 3) Einmündung in Kirchzellinsfu rt und damit zusammenhängend vor allem 4) Entscheidung der Frage, ob der Bau durch den Staat vorbehalten wird oder ob eine Privatgesellschaft zugelassen wird. Für den Fall des Baues durch den Staat sind die Gemeinden zu Opfern bereit. Die Kommission beantragt, das vorliegende Gesuch der R. Regierung zur Kenntnisnahme zu übergeben mit dem Ersuchen, dasselbe einer baldigen Prüfung zu unterziehen und die Kammer der Standesherrn zum Beitritt einzuladen. Die Bahn ist bauwürdig; einem Antrag auf Erwägung würde ich zustimmen.

Abg. Gabler (Sp.) stellt mit den Abg. Schön und Henning den Antrag auf Uebergabe zur Erwägung. Minister v. Soden bittet, dem Kommissionsantrag zuzustimmen. Die Generaldirektion möge mit der Ausarbeitung des Projekts beauftragt werden.

Abg. Storz (Sp.) schließt sich dem Antrag Gabler an. Es sollte einmal ernstlich erwogen werden, ob man nicht den Blochinger Kopf auscheiden kann. Mit einem 2 Kilometer langen Tunnel beginnend beim Kirchzell und einmündend bei Königs würde der Weg nach Tübingen um 12 Km. verkürzt werden.

Abg. Schichardt (Sp.): Erwägen sollte man, ob der Gemeinden durch den Bau einer Nebenbahn, mit Anschluß an Reutlingen nicht mehr gedient wäre. Kenntnisnahme wäre beim heutigen Stand der Dinge gerade recht.

Abg. Schön (Sp.) bedauert, daß die Kommission nur Kenntnisnahme beschlossen hat.

Abg. Henning (Sp.) tritt ebenfalls für den Antrag Gabler ein. Den Anschluß der Silberbahn muß man im Auge behalten.

Schließlich beantragt nach weiteren Bemerkungen Abg. Hildenbrand namentliche Abstimmung. Der Antrag erhält nicht die nötige Unterstützung. Der Antrag Gabler wird abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Hier wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen Vormittag 9 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen. Schluß der Sitzung 1 Uhr. Das Zentrum hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Staatsregierung zu ersuchen, im Interesse der ländlichen Bevölkerung eine weitergehende Erleichterung und Vereinfachung der Telefonanmeldung und Telefonbenutzung in den kleineren und mittleren Orten herbeizuführen und hierbei mehr wie bisher dem Umstande Rechnung zu tragen, daß der Abonnent auf dem Lande bei weitem nicht den Vorteil an dem Telefonanschluß hat wie die Abonnenten in größeren Städten.“

Stuttgart, 15. Febr. Die Kommission für Gegenstände der inneren Verwaltung der Abg.-Kammer trat gestern nachm. zusammen, um in Anwesenheit des Min. Dr. v. Bischof über eine Reihe von kleineren Gegenständen zu beraten. Ueber die wiederholte Eingabe der Gebr. Rühlings-Witt um Regelung der Amtsblätterfrage berichtete der ritterchaftliche Abg. v. Neubronner. Er kam zu dem Ergebnis, daß sich die Ausführung des Verlangens der Eingabe, das dahin geht, den Aufwand für die Veröffentlichung der amtlichen Anzeigen, der gegenwärtig nur den Amtsblätterbesitzern zufließt, unter alle Zeitungsbesitzer, die sich zur Veröffentlichung der amtlichen Anzeigen verpflichten, zu verteilen, nicht empfiehlt. Auch den Vorschlägen, die in der badischen Kammer vom Zentrum und in der heffischen Kammer von den Sozialdemokraten gemacht worden sind und die auf die Schaffung amtlicher Publikationsorgane ohne zeitlichen Inhalt hinauslaufen, könne er nicht das Wort reden. Er kam daher zu dem Antrag, auf Uebergang zur Tagesordnung. Der Abg. Keil hielt an seinem früheren Standpunkt (der Monopolisierung des ganzen öffentlichen Publikationswesens) fest, schloß sich aber im Hinblick auf die augenblickliche Ausichtslosigkeit seines Gedankens dem Antrag des Berichterstatters an. Min. Dr. v. Bischof wies darauf hin, daß in Ulm eine Gesellschaft in der Bildung begriffen sei, die ein amtliches Publikationsorgan, das allen Zeitungen beizulegen wäre und das nur amtliche und Privatanzeigen enthalten soll, herausgeben will. Die Stadt sei an der Gesellschaft beteiligt und werde sich auch einen Teil des Ueberschusses sichern. Der Antrag des Berichterstatters fand dann die Zustimmung der Kommission. — Ueber eine Eingabe des Arbeiter- und Handwerkervereins Affaltach, O.A. Weinsberg, welche die Gewährung von Erleichterungen im Handwerkerbetrieb, namentlich für Bürstennmacher, erstrebt, ging man nach dem Bericht des Abg. Keil zur Tagesordnung über. — Die Eingabe des Landesverbandes der Geflügelzuchtvereine um Schutz gegen die Kapeu war vom Abg. Keilbach durchgearbeitet worden. Sein Antrag, der der Eingabe in den wesentlichen Punkten entgegenkam, blieb aber unerledigt, da aus der Mitte der Kommission die Anregung gegeben wurde, die Frage durch eine Aenderung des Jagdgesetzes, die auf dem Weg eines Initiativantrags herbeizuführen wäre, zu lösen. Ein solcher Initiativantrag soll in einer späteren Sitzung vorbereitet werden.

Stuttgart, 15. Febr. Die Volkskalkulationskommission der Abg.-Kammer hat zum Berichterstatter über den ihr gestern übergebenen Entwurf betreffend die Gewerbe- und Handwerkskassen den Vorstand der Kommission, Prof. Dr. Sieber, bestellt.

Aus Württemberg.

Dienstauchrichten. Berseht: Der Eisenbahnassistent Schreiber in Reutlingen nach Stuttgart Spidol, und der Eisenbahnassistent Müller in Eppingen nach Ulm. In den Ruhestand versetzt: Der Postsekretär Häukler bei dem Postamt Nr. 8 in Stuttgart.

Frachterwägung. Für die Beförderung von Pferden nach und von Heilbronn wird über die Dauer des diesjährigen Heilbronner Pferdemarkts die Frachterwägung eingeräumt, daß für die Sendungen nach Heilbronn in der Zeit vom 22.—26. Februar, für die Sendungen von Heilbronn in der Zeit vom 26.—28. Februar und vom 1. bis 3. März ds. Js. — je einschließlich — die für Beförderung von Personenzügen vorgesehene Anrechnung des 50%igen Frachtzuschlags unterbleibt. Die Beförderung von Pferden nach Heilbronn ist auch am Sonntag, den 25. Februar ds. Js. gestattet.

Stuttgart, 16. Febr. Zur Anstellung von Handelslehrern nimmt der Stuttgarter Handelsverein folgende Stellung ein: Neben Kandidaten aus dem Lehrerstande, sollen auch tüchtige praktische ausgebildete Kaufleute Berücksichtigung finden. Der ganze Unterricht in einer Handelsschule müsse auf die Praxis im Handelsleben zugeschnitten sein. Diejenigen aus dem Lehrstand hervorgegangenen Bewerber, die eine Handelshochschule mit Erfolg besucht haben, sollten längere Zeit als Solontäre in mittelgroßen, kaufmännischen Geschäften tätig sein, bevor sie als Handelslehrer angestellt werden. Der Ausschuss des Handelsvereins richtet an die R. Kommission für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen das Ersuchen, daß den Kandidaten während der Zeit ihrer praktischen Vorbereitung auf Ansuchen Staatsunterstützung gewährt werde u. würde es freudig begrüßen, wenn die Oberbehörde der Errichtung von Handelslehrerkursen in Stuttgart nähere treten würde.

Stuttgart, 15. Febr. In der heutigen Sitzung des hiesigen Gemeinderats wurde mitgeteilt, daß das hiesige Krematorium bestimmt noch im laufenden Jahre wird in Betrieb genommen werden können. Der Kostenanschlag stellte sich auf M. 158 000, mit Kolubarium und den anderen Baulichkeiten auf M. 228 000. Der Zuschuß der Stadt zu den Baukosten beträgt M. 58 000. Die übrigen Kosten trägt der Feuerbestattungsverein.

Stuttgart, 15. Febr. Die französische Regierung hat der „Reger. Btg.“ zufolge dem vor Jahresfrist anlässlich einer Vortragsreise aus Frankreich ausgewiesenen klerikalen elsässischen Reichstagsabgeordneten von Wolstein-Ehrstein, Biarrier Delfor, auf sein Ansuchen gestattet, sich vier Wochen lang in Frankreich aufzuhalten.

Stuttgart, 16. Febr. Kommanden Sonntag findet im Gewerkschaftshaus der 1. württembergischen Kreisratstag statt.

Ludwigsburg, 15. Febr. Die Tropfäden auf dem hiesigen Arsenalplatz, die zu den interessantesten Wahrzeichen Ludwigsburgs zählen, wurden von Bildhauer Gädle-Stuttgart zunächst zu einem kleinen Teil probeweise nach den Modellen der alten neu hergestellt. Durch die Baukommission fand nun gestern eine Besichtigung der vollendeten Arbeiten statt, deren Ergebnis ein durchaus befriedigendes ist. Für den Arsenalplatz dürften diese Tropfäden auch in ihrer Neuausführung eine hervorragende Zierde bilden.

Die 15 und 16 Jahre alten Fabrikarbeiter Rehm und Haas stahlen aus der Geldkassette am Billetschalter des Gönninger Bahnhofes in Reutlingen 42 Mark und gingen damit flüchtig. Donnerstag früh wurden die Diebe in Stuttgart ermittelt und nach Reutlingen befördert, wo sie ihrer Aburteilung entgegensehen.

Am Dienstag fand man in Friedenhausen O.A. Nürtingen die 80jährige, alleinwohnende Witwe des Wagners Wilhelm Haußmann tot und halbverbrannt in ihrem Bett. Die alte Frau hatte die Gewohnheit, neben ihrem Bett während der Nacht ein Licht brennen zu lassen. Dadurch dürfte der Unfall herbeigeführt worden sein. Merkwürdig ist, daß das Bett vom Feuer fast völlig verschont blieb.

Donnerstag Abend schmolz in Jagenhausen bei Jagenhausen an einem Mast der Elektrizitätsleitung die Sicherung. Um den Fehler zu beseitigen, bestiegen zwei Monteure mittels Seigeisen den Mast. Einer von ihnen, ein 22jähriger lediger Mann aus Hohenheim bei Mannheim ist aus unbekannter Ursache ausgerückt. Naturgemäß suchte er sich zu halten, ergriff aber dabei unglücklichweise einen Draht, durch den ein Strom von 10 000 Volt geleitet wird. Dadurch wurde er in die Höhe geschleudert, wo er dann, über dem Kabel liegend, beinahe ganz verbrannte und verkohlte. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod und viele schwere Brandwunden hauptsächlich an der Wirbelsäule konstatieren. 3 Finger der linken Hand sind vollständig weggebrannt.

In Grobbottwar stürzte die verheiratete Rosine Kranich infolge Brechens einer Diale beim Dessieren eines Hinterlalles in den Keller, daß sie eine heftige Quetschung des Brustkorbes und einen mehrfachen Rippenbruch erlitt.

Am Sonntag, den 11. ds. Mts., wurde der Bauer Gottl. Wengert in Sulzbach, O.A. Badnang, von fünf Schreinergefelln aus Großaspach, ohne Anlaß in rohester Weise dermaßen mißhandelt, daß ihm das Nasenbein gebrochen wurde und der Verlust eines Auges zu befürchten ist.

Der „Grenadier Dechler von der 1. Komp. des Grenadier-Regiments 123 in Ulm hatte vor einigen Tagen in dem Keller eines Unteroffiziers einige Arbeiten auszuführen. Während derselben machte er einen Selbstmordversuch, indem er sich einen Schnitt am Halse beibrachte. Als er seinen Zweck nicht erreicht sah, gab er an, daß er überfallen worden und auf die angegebene Weise zugerichtet worden sei.

Gerechtigsaal

Stuttgart, 15. Febr. Die Notwendigkeit einer Reform des Strafgesetzbuchs wurde durch eine Verhandlung vor der Strafkammer wieder einmal beleuchtet. Der verk. Maurer Chr. Gezer von Böblingen, der im Böblingen Stadtwald als Holzhauer beschäftigt ist, entwendete dort einen Birkenholzpfeil im Wert von zehn Pfennig. Da der Angeklagte wegen Diebstahls verurteilt ist, erkannte die Strafkammer gegen ihn wegen eines Verbrechen des Diebstahls im Rückfall auf die gesetzlich zulässige Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Das Gericht beschloß, von Amtswegen die Alten behufs Strafer-

mäßigung dem Finanzministerium vorzulegen, da nach Ansicht des Gerichts die ausgesprochene Strafe in einem Mißverhältnis zu dem Verschulden des Angeklagten steht.

Stuttgart, 15. Febr. (Strafkammer.) Unter der Anklage der Körperverletzung im Amt, der Freiheitsberaubung und Bedrohung stand heute der Polizeidiener Morcher von Uhlbach vor der Strafkammer. Am 2. Dezember vor J. geriet der Angeklagte in einer Wirtshaus in Uhlbach mit dem ledigen Weingärtner Eisenbraun in einen Wortwechsel, wobei Eisenbraun eine beleidigende Äußerung gebrauchte, er warf nämlich dem Polizeidiener vor, er habe Fleisch gestohlen. Hierauf nahm der Angeklagte den Eisenbraun fest und sperrte ihn 5 Stunden lang ein. Im Arrest warf Morcher den Eisenbraun, der nach dem Polizeidiener stauchte, zu Boden und versetzte ihm mit der Faust mehrere Schläge auf den Kopf und die Brust. Auch soll Morcher eine Drohung ausgesprochen haben. Der Arzt stellte bei Eisenbraun mehrere Quetschungen auf der Brust fest. Die Strafkammer verurteilte Morcher wegen Körperverletzung im Amt zu 3 Wochen Gefängnis, von den übrigen Vergehen wurde er freigesprochen. Das Gericht war der Ansicht, daß objektiv eine Freiheitsberaubung vorliege, dem Angeklagten aber nicht widerlegt werden könne, daß er sich berechtigt gehalten habe, die Verhaftung vorzunehmen, da der Angeklagte erst seit kurzer Zeit als Polizeidiener angestellt und mit den einschlägigen Bestimmungen noch nicht so vertraut sei.

Oldenburg, 16. Febr. Wie gemeldet wird, hat Redakteur Biermann die Wiederaufnahme des Verfahrens für sämtliche Prozesse, in denen er zu insgesamt 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, beantragt.

Kunst und Wissenschaft.

München, 15. Febr. Herzog Karl Theodor vollzog heute Vormittag in seiner eigenen Klinik in der Nymphenburgerstraße die 5000 Staroperation unter Assistenz des Hofrats Dr. Jenker und im Beisein seiner bei vielen dieser Operationen als Assistentin tätig gewesenen Gemahlin. Aus diesem Anlaß hat die großherzogliche Klinik mit Blumen dekoriert. Der Stadtpfarrer von St. Benno hielt eine Ansprache. Die Oberin und die Schwestern überreichten dem Herzog und der Herzogin Blumensträuße.

Fernisches.

Heine-Anecdoten

bekannte und weniger bekannte hat Eduard Münz zu Heines 50. Todestag (17. Februar) in einem hübschen Bändchen (Berlin und Leipzig, Modernes Verlagsbureau, Curt Wigand) vereinigt. Wir geben zwei hier wieder:

Seinem Zeichenlehrer, der öfters während des Unterrichts einnickte, befragte der junge Harry einmal einen gemalten Felskopf auf dem Rücken. Als der Lehrer auf die Straße kam, hatte er sogleich einen Troß von Gassenbuben hinter sich, die ihn verhöhnten, bis ihn eine alte Frau auf das seltsame Aushängegeschid aufmerksam machte.

Entrüstet eilte er zu Papa Heine zurück und beklagte sich bitter über dessen ungezogenen Sprößling.

„Ich begreife nicht“, sagte Samson Heine, „wie mein Sohn sich den unziemlichen Scherz erlauben konnte, ohne daß Sie es bemerkten, Sie sind doch während der Stunde sicher die Aufmerksamkeit selbst.“ Harry, der sich, aus Furcht vor der wohlverdienten Strafe, ängstlich in eine Ecke gedrückt hatte, trat bei diesen Worten seines Vaters vor und bemerkte led: „Papa, er schläft die ganze Stunde und träumt laut von seinen Schulden.“

Als Heine sich in München aufhielt, befand sich in der königlichen Familie eine Prinzessin, die gern Berühmtheiten um sich sah. Als einmal bei Tisch viel von dem jungen, genialen Dichter gesprochen und nach Aufhebung der königlichen Tafel der Wunsch geäußert ward, den Dichter persönlich kennen zu lernen, erbot sich die Prinzessin ihn holen zu lassen. Sofort wurde ein königlicher Kammerdiener mit dem Befehl abgesandt, Herrn Heinrich Heine zum Kaffee in das Palais der Prinzessin zu entbieten. Der Kammerdiener richtete bei Heine seinen Auftrag pünktlich aus. „Mein lieber Freund“, sagte der Dichter, „vermeiden Sie Ihrer königlichen Hoheit meinen tiefsten Respekt und sagen Sie gefälligst hochdieselben, daß ich gewohnt bin, da meinen Kaffee einzunehmen, wo ich zu Mittag gespeist habe.“

Die verkannten Masken.

Eine ergötzliche Verwechslung trug sich, wie dem B. T. aus Philadelphia geschrieben wird, jüngst auf einem dortigen Maskenballe zu, den Hr. Julian Story, ein reicher Bürger der Stadt, in einem der ersten Gasthöfe veranstaltet hatte. Der Maskenzwang war so streng durchgeführt, daß viele Teilnehmer fast bis zuletzt von ihren besten Freunden unerkannt blieben. Nun fügte es ein Zufall, daß eine Kommission chinesischer Staatsbeamter, die sich augenblicklich im Auftrage ihrer Regierung in Philadelphia befindet und in eben diesem Gasthose Wohnung genommen hat, durch ein Versehen des Listdieners in einem falschen Stockwerke abgesetzt wurde und dadurch mitten in das fröhliche Treiben des Maskenballes geriet. Die unglücklichen Chinesen wurden als neue Ankömmlinge sofort lebhaft begrüßt und wegen der Echtheit ihrer Kostüme und der Konsequenz, mit der sie ihre Rolle durchführten, stürmisch gefeiert. Die armen Söhne des Reiches des Himmels wußten gar nicht, wie ihnen geschah, konnten, da sie kein Wort englisch sprachen, sich auch nicht verständlich machen, und mochten, hin und her geschoben und besaunt, in dem lustigen Gedränge wohl glauben, daß sie in ein Tollhaus geraten seien. Es dauerte geraume Zeit, bis ein Angestellter des Hotels herbeikam und sie aus ihrer unangenehmen Situation befreite, zu der sie dann aber nachträglich, als alles sich aufgeklärt hatte, lächelnd gute Miene machten.

Handel und Volkswirtschaft.

Württ. Hypothekbank. Für das Geschäftsjahr 1906 wird die Verteilung einer Dividende von 7, Proz. sowie die Rückstellung von 1 Proz. des Aktienkapitals, wie in den Vorjahren, vorgeschlagen.

Stuttgart, 16. Febr. Württembergisches Staatsanlehen. Die R. württ. Finanzverwaltung hat mit der Württ. Vereinsbank und deren Konsortien ein 2½ prozentiges Staatsanlehen von 10 Millionen Mark abgeschlossen.

